

P r o t o k o l l

Nr. 8

über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug

Dienstag, 24. Juli 2012

18.00 – 19.45 Uhr

im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude

Vorsitz: Ratspräsident Jürg Messmer

Protokoll: Ruth Schorno

Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Kauf der Liegenschaft Gubelstrasse 22, GS 4537; Verpflichtungskredit
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2222 vom 4. Juli 2012
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2222.1 vom 5. Juli 2012
Bericht und Antrag der BPK Nr. 2222.2 vom 6. Juli 2012
3. Mitteilungen

Eröffnung

Ratspräsident Jürg Messmer eröffnet die heutige ausserordentliche Sitzung und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderates und des Stadtrates die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie verschiedene Gäste.

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind die Ratsmitglieder Sandra Barmettler, Barbara Hotz, Karl Kobelt, Rainer Leemann, Monika Mathers, Michèle Kottelat, Adrian Moos, Stefan Moos sowie Barbara Stäheli; es sind 30 Mitglieder des Grossen Gemeinderates anwesend.

Vom Stadtrat ist Stadtrat André Wicki entschuldigt abwesend; die übrigen vier Mitglieder des Stadtrates sind zugegen.

Ratspräsident Jürg Messmer bedankt sich bei allen für ihre Bereitschaft, in der Ferienzeit hier zu erscheinen und dieses Geschäft zu bearbeiten.

Ratspräsident Jürg Messmer: Am 8. Juli 2012 ist der Gemeinderatskollege Werner Villiger verstorben. Er war von 2009 Mitglied in diesem Rat. Bereits seit 1998 war Werner Villiger im Kantonsrat tätig. Alle haben mit Werner Villiger einen guten Kollegen und Freund in dieser Mitte verloren. Ratspräsident Jürg Messmer spricht an dieser Stelle den Angehörigen das Beileid aus und bittet alle Anwesenden, sich für eine Trauerminute von ihren Sitzen zu erheben.

Ratspräsident Jürg Messmer: Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung bedürfen der Zustimmung des Rates. Zug TV möchte während der heutigen Sitzung wiederum Aufnahmen machen, welche anschliessend ins Internet gestellt werden.

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich somit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

1. Genehmigung der Traktandenliste

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind und somit die Traktandenliste als stillschweigend genehmigt erscheint.

2. Kauf der Liegenschaft Gubelstrasse 22, GS 4537; Verpflichtungskredit

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2222

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2222.1

Bericht und Antrag der BPK Nr. 2222.2

Eintreten

Stadtpräsident Dolfi Müller: Die vor der Sitzung durchgeführte eindrückliche Führung an der Gubelstrasse 22 machte klar: das Gebäude und die Büros sind in so gutem Zustand, dass man sofort einziehen könnte, wenn das Stimmvolk mitmacht. Das ist der demokratische Weg, der nun beschritten wird. Ausserordentliche Geschäfte bedingen ausserordentliche Massnahmen. Das heutige Geschäft ist für die Stadt und die Stadtverwaltung so wichtig, dass es eine Sondersitzung mitten in den Sommerferien verdient. Es ist dem Stadtrat aber auch bewusst, dass er damit dem GGR und den Fachleuten der Stadtverwaltung etwas zugemutet hat. Es ist beeindruckend, wie die Kommissionen und heute auch der GGR auf die Sondersituation reagiert haben. Nur allein dafür gebührt allen der aufrichtige Dank des Stadtrates. Es klingt vielleicht ein bisschen pathetisch, aber es stimmt: Wenn es wirklich zählt, stehen die Zuger Politikerinnen und Politiker - über die Parteigrenzen hinweg - zusammen. Damit verschliessen sie sich aber nicht einer kritischen Diskussion. Gerade deshalb schlägt der Stadtrat auch - getragen von den Kommissionen - eine Volksabstimmung vor, die gemäss Gemeindeordnung bei diesem Liegenschaftskauf nicht zwingend nötig wäre. Stadtpräsident Dolfi Müller verweist auf den Faltprospekt „Legislaturziele“ und stellt klar, dass die Zentralisierung der Stadtverwaltung ein klares Legislaturziel 2011 bis 2014 ist. Dafür gibt es keinen besseren Standort. Auf der grünen Wiese würde es teurer und irgendwie auch unpersönlicher, am Postplatz wäre gerademal die halbe Fläche zu einem höheren Preis erhältlich gewesen. Wenn die Altstadt schon verlassen wird, dann geht die Stadtverwaltung dorthin, wo einmal halb Zug gearbeitet hat. Johannes Milde, Vorsitzender der Siemens Building Technologies (SBT) hat es heute ziemlich ähnlich gesagt. Der Kauf des L&G-Mutterhauses durch die Stadt ist eine Referenz an die Industriegeschichte und die früheren Generationen, die täglich dorthin zur Arbeit gingen, damals, als noch dieses altehrwürdige „&“ zwischen Landis und Gyr stand. Es ist aber auch Ausdruck einer echten Partnerschaft zwischen Siemens BT und der Stadt Zug, in der diese weltweit tätig ist. Ohne Übertreibung kann man von einem Glücksfall sprechen - diese Chance sollte die Stadt packen. Das Geschäft muss vor allem auch strategisch gesehen werden. Echte strategische Optionen stehen damit offen und gewähren auch eine gewisse Flexibilität. Wichtig ist auch festzustellen, dass der GGR auf jeden Fall in diesen kommenden Prozess und über die Abstimmung hinaus eingebunden wird, z.B. über das von der GPK geforderte Nachnutzungskonzept der frei werdenden Häuser in der Altstadt. Das unterstützt der Stadtrat sehr. Der Stadtrat bedankt sich herzlich für die Präsenz hier im Saal während der Ferienzeit und für die Unterstützung.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt wird und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Philip C. Brunner, Präsident GPK, schliesst sich den Worten des Stadtpräsidenten an und bedankt sich bei den Mitgliedern der GPK, welche unter speziellen Bedingungen die Sitzung zu diesem Geschäft durchführten. Der Rat hat auch davon Kenntnis genommen, dass der Stadtrat keineswegs geschont wurde und dem Stadtrat sehr viele Fragen gestellt wurden. Viele dieser aufgeworfenen Fragen und auch die Antworten des Stadtrates sind in den Kommissionsbericht eingeflossen. Philip C. Brunner freut es, dass der Stadtrat den Antrag der GPK für eine neue Ziff. 4 des Beschlussesantrages übernimmt, wonach bis Ende 2013 ein Nachnutzungskonzept inklusive möglicher Verkäufe dem GGR zu unterbreiten sei. Die GPK hat mit 7:0 Stimmen dem Kauf zugestimmt. Der Stadtpräsident hat nur die Hälfte von Ziel 4.1 zitiert, hat er doch gesagt, es sei ein Ziel, die Verwaltung zu zentralisieren. Ziel 4.1 geht aber weit über die Zentralisierung hinaus und lautet konkret: "Die städtische Verwaltung zentralisiert und optimiert ihre Strukturen und Prozesse und schafft eine hohe Qualität zur Zufriedenheit der Bevölkerung." Darin ist also auch die Bürgernähe und die Qualität, welche die Dienstleistung Stadtverwaltung erbringen will. In diesem Sinne freut sich Philip C. Brunner auf eine Debatte, die schlussendlich dazu führt, dass sich alle die Hände reichen können, damit etwas Gemeinsames und Gutes für diese Stadt entstehen kann.

Urs Bertschi, Präsident BPK, verweist grundsätzlich auf Bericht und Antrag. Im Kern war sich die BPK an sich einig, dass dieser Kauf zu tätigen ist. Vorbehalte wurden teilweise betreffend der Zentralisierung der Verwaltung angebracht. Immerhin aber gemäss der grösseren Hälfte der BPK sind diese Vorbehalte zumindest aus heutiger Sicht unbegründet, denn die Altstadt lebt zum Glück nicht von der Verwaltung. Es muss zudem der Stadt Zug gelingen, im Bereich Postplatz-Süd neue Attraktivitäten zu schaffen. Nach dem heutigen Augenschein ist Urs Bertschi überaus positiv eingestellt, dass der GGR diese einmalige Gelegenheit beim Schopf packen wird, bevor die Stimmberechtigten dem ganzen am 9. September 2012 das i-Tüpfchen aufsetzen werden. Der Augenschein hat auch gezeigt, dass das Gebäude in einem guten, aus Sicht von Urs Bertschi sehr guten Zustand ist, dass es an sich bereits morgen bezogen werden könnte. Insofern kauft man hier keine Katze im Sack. Dazu ist die Gefahr bei der Wahl neuer Stadträte zumindest ein Vielfaches grösser, weiss man doch in der Tat im Voraus nie, wen und was man erhält und wie lange dies noch nachwirken wird. Sodann hat Urs Bertschi positiv überrascht, dass der Kanton seine Fühler nach einer Miete in diesem Gebäude bereits ausgestreckt hat. Dies nährt immerhin die Hoffnung, dass man damit die Steuerverwaltung allenfalls freispielen kann, um der Innenstadt eben einen belebten Postplatz mit dem

angedachten Haus der Mitte samt EG-Nutzung zu beschern. Abschliessend ist es Urs Bertschi ebenfalls ein Anliegen, allen – und dazu wird der ganze Grosse Gemeinderat gezählt – für die Bereitschaft zu danken, diesem ganz speziellen Geschäft mit einem ganz speziellen Effort über die Ziellinie zu verhelfen. Die Stadt einen solchen Liegenschafts Kauf tätigen zu lassen, ohne dass ein Privater zuerst den Fuss in der Tür hat, das ist eine reife Leistung, in der Stadt Zug ganz besonders. Urs Bertschi ist überzeugt, dass die Stadt Zug mit dem Erwerb der Liegenschaft Gubelstrasse 22 einen Meilenstein setzen wird für eine effiziente Verwaltung in einem überaus attraktiven Gebäude. Diese alte Lady wird den Mitarbeitenden der Stadt Zug ein wirklich tolles Arbeitsumfeld zur Verfügung stellen.

Hugo Halter: Obwohl der CVP-Fraktion das vorgelegte Tempo dieser Vorlage nicht gefällt, hat sie Verständnis für das "ausserordentliche" Handeln des Stadtrates. Die gute und informative Vorlage des Stadtrates sowie die Berichte der BPK und GPK erlaubten es, eine tiefere Diskussion innerhalb der Fraktion, die übrigens heute zu 100 % präsent ist, zu führen. Um was geht es? Es geht hier und heute einzig um die strategische und zentrale Frage, ob eine einmalige Chance für die Zukunft gepackt oder auf noch bessere Optionen gewartet werden soll. Beide Möglichkeiten sind legitim und machbar. Wichtig ist aber, dass nicht nur der Stadtrat, sondern auch das Parlament gegenüber den Stimmenden dieser Stadt seine Meinung klar mitteilt. Der CVP-Fraktion ist es bewusst, dass mit diesem Schritt die örtliche Lage der Stadtverwaltung für den Bürger entscheidend verändert wird. Dass aber das ehrwürdige Stadthaus seine symbolische Rolle in der Stadtpolitik und Altstadt nach wie vor spielen soll, ist wichtig und muss hier ebenfalls klar sein. Positiv zu werten ist die Tatsache, dass eine Zentralisierung der Verwaltung an einer bürgerfreundlichen Lage möglich sein könnte, die den Legislaturzielen entspricht, somit verschiedene Mietausgaben nicht mehr notwendig sein werden und nun rasch möglichst nicht mehr benötigte städtische Objekte verkauft und/oder vermietet werden müssen. Mit dem Verkauf und der Vermietung von bisherigen Objekten in der Altstadt besteht die Chance, hier die heutige Belegung zu erhöhen und das vielfach geforderte "Leben" in die Altstadt zu bringen. Seien es Gewerbebetriebe, neue Bewohnerinnen und Bewohner mit ihren Familien oder andere Arbeitsplätze. Zu den Finanzierungskosten: Mit einem aktuellen Zinsumfeld von ca. 1.25 - 1.4% auf 10 Jahre hat die Stadt Zug hier eine einmalige Möglichkeit. Ebenfalls interessant sind die Bruttomietserträge für 3 Jahre ab Oktober 2012: Gemäss pwc-Studie fliessen CHF 2 Mio. Mieterträge, womit jährliche Mehreinnahmen gegenüber Kapitalkosten von ca. CHF 1.4 Mio. generiert werden. Diese könnten für die Amortisation eingesetzt werden, und somit wird die Belastung für die Stadt sinken. Negativ ins Feld geführt werden muss die Tatsache, dass die Aussagen betr. Gebäudezustand nicht wirklich befriedigen und trotz anderslautenden Aussagen Zusatzkosten befürchtet werden. Ebenso erscheint die Nachfolgeplanung der nicht mehr benötigten städtischen Gebäude noch nicht ausgereift. Fakt ist hier, dass bei einem Kauf des L&G Gebäudes keine Raumengpässe mehr geltend gemacht werden können. Oder mit andern Worten hier nicht mehr "Erbse gezählt" werden müssen, sondern mit dieser Ausgangslage eine saubere und nachhaltige Büroraumplanung rasch abgeschlossen werden muss. Entweder ist ein Objekt zu

klein oder wie hier für die eigenen Bedürfnisse eben zu gross. Die Vermietung der freien Fläche von 5 000m² muss deshalb ebenfalls Priorität im geforderten "Nachnutzungskonzept" haben. Auch ein möglicher Teilverkauf könnte eine Option sein, die im genannten Konzept angeschaut werden muss. Gerade heute war von ranghohen Vertretern des Kantons zu erfahren, dass das kantonale Interesse sehr, sehr hoch ist. Somit sind die Befürchtungen eines leerstehenden Hauses praktisch null. Trotz allem schaut die CVP-Fraktion in die Zukunft und sieht im Vordergrund die Weiterentwicklung der Stadt Zug. Die CVP-Fraktion sieht diese Chance. Ebenso aber auch die Risiken. In gegenseitiger Abwägung überwiegen hingegen die Vorteile. Die CVP-Fraktion ist grossmehrheitlich für den Kauf dieses Gebäudes, will aber explizit auch verschiedene Hinweise zu Protokoll geben. Konkret unterstützt die CVP-Fraktion den Antrag der GPK und will somit auch hier klare Zeichen setzen und die strategische Marschrichtung mitgestalten. Die CVP-Fraktion will dem liberal formulierten GPK-Antrag betr. "Konzept Nachnutzung" Nachhaltung verschaffen und dort insbesondere "die möglichen Verkäufe" konkretisieren. Der Stadtrat soll in erster Priorität und so rasch als möglich folgende Objekte verkaufen:

- der "Hirschen", bzw. das Haus Zentrum an der Zeughausgasse 9;
- das Gebäude an der Ägeristrasse 7 (heutiges Bildungsdepartement) und insbesondere auch
- das Gebäude an der Grabenstrasse 6 (Hotel Aige Esdewebe)

Die CVP-Fraktion nimmt auch zur Kenntnis, dass mit dem problematischen Entscheid der "2000 Watt-Gesellschaft" hier ein Präjudiz geschaffen wird. So weit so gut. Es stellt sich dann einfach die Frage, ob und wann bei anderen zukünftigen Objekten der Minergiestandard eingehalten werden soll oder muss. Die CVP-Fraktion denkt hier an das Garderobegebäude bei den Sportplätzen in der Herti. Dass Massnahmen für die Erdbbensicherheit hier offenbar nicht notwendig sind, nimmt die CVP-Fraktion ebenfalls zur Kenntnis. Es lässt einfach die Frage offen, warum gerade auch mit diesem Argument im Waldheim ein Neubau gefordert wird. Ein Fragezeichen macht die CVP-Fraktion auch bei möglichen Folgekosten, bzw. beim Sanierungsbedarf an einem doch älteren Gebäude. Hier nimmt sie den Stadtrat in die Pflicht. Er erklärt in der Vorlage auf Seite 5, dass "...der allgemeine bauliche Zustand des Gebäudes gut sei. Und die Liegenschaft laufend unterhalten wurde..." Das wurde heute vor Ort bestätigt. Im Rahmen der BPK-Sitzung vom 4. Juli 2012 erklärte der Stadtrat auf Seite 4 explizit, dass in den nächsten Jahren kein direkter Sanierungsbedarf bestehe, mittelfristig (bis 2020) hingegen Investitionen von rund CHF 0.66 Mio. geplant werden. Eine nachträgliche und in der Vorlage auf Seite 6 des Stadtrates bereits zumindest leicht angetönte plötzlich notwendige Innenisolation sieht die CVP-Fraktion aus heutiger Sicht, aufgrund der heutigen Führung und aufgrund der heutigen Beurteilung und Aussagen des Stadtrates nicht. Fakt ist, dass eine Aussenisolation preisgünstiger wäre, aber aufgrund der Aufnahme des Gebäudes in das Inventar der "schützenswerten Denkmäler des Kantons Zug" kaum mehr möglich ist. Abschliessend dankt die CVP-Fraktion dem Stadtrat und der Verwaltung sowie den beiden Kommissionen für die Arbeit, die hier kurzfristig geleistet werden musste. Trotzdem hat sie an die Adresse des Stadtrates noch ein formelles Anliegen: Die CVP-Fraktion geht davon aus, dass dieses erneute Präjudiz in Sachen Zeitmanagement nicht zur Nor-

malität wird. Es müsste dann nämlich festgelegt werden, was als "ausserordentlich" zu taxieren wäre. Somit geht die CVP-Fraktion davon aus, dass es hier tatsächlich "höhere" Gewalt - also wirklich "ausserordentlich" im Sinne einer strategischen Notwendigkeit war und nicht ein strategisches Malheur! Hugo Halter bittet die Anwesenden, den Antrag der GPK zu unterstützen und dem Verpflichtungskredit, wie die CVP Fraktion, zuzustimmen.

Werner Hauser: Vorweg darf erwähnt werden, dass die FDP-Fraktion den Erwerb der Liegenschaft Gubelstrasse 22 weitgehend unterstützt, auch wenn ein Kauf der Liegenschaft finanziell gröber zu Buche schlägt. Ein Glücksfall für die Stadt Zug, wie es der Stadtrat immer wieder und bei jeder Gelegenheit erwähnt. Oder hat hier die Siemens noch eine ihrer Liegenschaft vergoldet? Sicher sind das zwei Aussagen, in die man alles interpretieren kann. Es gibt einige positive Argumente, die für den Erwerb sprechen:

- Zentralisierung der Verwaltung: somit kann das angestrebte Legislaturziel bezüglich Zentralisierung umgesetzt werden.
- Die neue Verwaltung liegt an zentraler und verkehrsgünstiger Lage.
- Alle Ämter befinden sich am gleichen Standort.
- Die Bürofläche ist ausreichend.
- Die angemieteten Büroflächen können aufgelöst werden.
- Optimierung der Infrastrukturkosten wie EDV, Personal und Gebäudeunterhalt.
- Nichtrealisierung des Umbaues "Haus Zentrum" von über CHF 12,0 Mio.
- Als Finanzgeschäft zum heutigen Zeitpunkt: Mit einem jährlichen Mietertrag von über CHF 2,0 Mio. und einem jährlichen Zinsaufwand von weniger als CHF 1,0 Mio., wenn der Zinssatz unter 2,0 % liegt. So resultiert jährlich ein Gewinn von CHF 1,0 Mio. und mehr. Auch wenn das Gebäude zur Hälfte ausgemietet werden kann, resultiert immer noch CHF 1 Mio. Mietertrag, d.h. die Stadtverwaltung ist gratis untergebracht.

Welche Argumente sprechen gegen den Erwerb:

- Hohe finanzielle Verpflichtung, mit Blick auf die Fremd- und Gesamtverschuldung.
- Expandierung der Stadtverwaltung.
- Kehrtwende bei der Belebung der Altstadt.
- Mögliche Steuererhöhung.
- Hohe Unterhaltskosten, da das Gebäude aus dem Jahre 1944 stammt.
- Der Kaufpreis liegt CHF 20,0 Mio. über dem Versicherungswert. Ohne das Gebäude, mit CHF 31'471'000.-- taxiert, wäre der m2-Preis CHF 5 000.--.
- Der Kaufpreis pro m2 liegt heute ohne Gebäude bei über CHF 12'500.--. Das ist ein stolzer Preis.

Alle Argumente, die pro und kontra sind, mahnen zu einem verantwortungsbewussten Handeln. Der Stadtrat verpflichtet sich, dass beim Erwerb der Liegenschaft alle vorgegebenen Ziele eingehalten und umgesetzt werden (wenn das Parlament und der Souverän zustimmen). Und von welchen Zielen spricht man?

Das sind:

- Gemäss den Aussagen von Stadtpräsident Dolfi Müller: Positiv ist die Tatsache, dass jetzt ohne jegliche Umbauten eingezogen werden kann (kostenneutral).

- Fremdmieten werden aufgelöst
- Durch die Zentralisierung werden in folgenden Bereichen Synergien genutzt und umgesetzt: EDV und Büro-Infrastruktur, Gebäudeunterhalt, Personal
- Somit müssen die Kosten durch die Zentralisierung merklich sinken.
- Nicht mehr genutzte und Liegenschaften, die für die Stadt nicht mehr von strategischem Nutzen sind, werden veräussert. Der Stadtrat entwickelt ein entsprechendes Konzept.

Damit den letzterwähnten Zielen das nötige Gewicht zukommt, wird die FDP-Fraktion heute eine entsprechende Motion einreichen.

Stefan Hodel: Die Fraktion Alternative-CSP hat sich im Vorfeld dieser Sitzung nicht getroffen, sie hat sich jedoch per Mail rege über das Thema unterhalten. Zusammenfassend lässt sich die Meinung der Fraktion so ausdrücken: Ja, das Gebäude sei zu kaufen. Dies jedoch nicht ohne ein ausdrückliches „Aber“. Wenn die Stadt Zug die Gelegenheit beim Schopf packt, muss sie mindestens 20 Jahre nie mehr nach Büroraum suchen. Das Gebäude ist gut per ÖV erschlossen. Eine zweite Chance, dieses oder ein ähnliches Haus zu kaufen, gibt es kaum. Aber: Wäre das Haus allenfalls nicht doch günstiger zu haben? Die aktuelle Lösung der Stadtverwaltung ist ein Flickwerk, alles, oder fast alles unter einem Dach zu haben bietet viele Vorteile. Aber: Die Fraktion Alternative-CSP möchte dann doch nicht alles nach Zug West zügeln. Zumindest das Haus am Kolinplatz soll weiter durch die städtische Verwaltung genutzt werden. Ein Mitglied der Fraktion ist der Meinung, die Stadtverwaltung gehöre ins Zentrum der Stadt und meint damit die Gegend des Postplatzes. Aber wo ist denn wirklich das geographische Zentrum der Stadt? Nach dem grossen Wachstum in Zug West ist das Zentrum sicher weiter nach Nordwesten gerutscht und dürfte sich wohl inzwischen in der Nähe des Bahnhofs befinden. Da liegt man also nicht schlecht, wenn zumindest ein Teil der Stadtverwaltung an der Gubelstrasse angesiedelt wird. Ein anderes Mitglied befürchtet einen Identitätsverlust für die Altstadt, wenn die Verwaltung von dort wegzieht. Einig ist sich die Fraktion Alternative-CSP in einem Punkt: Der Kauf der Gubelstrasse 22 darf nicht bedeuten, dass die Stadt Zug sich im Gegenzug umgehend von sämtlichen anderen Gebäuden trennt. Das weitere Vorgehen muss sorgfältig abgewogen werden. Da das Haus an der Gubelstrasse ja voll vermietet ist, bleibt doch etwas Zeit, überstürzen muss man daher nichts. Zu bedenken ist auch: Der Grosse Gemeinderat hat die Zentralisierung der Stadtverwaltung nie beschlossen. Es ist der Stadtrat, der sich selbst das Ziel gesetzt hat, in diese Richtung zu arbeiten. Der Stadtrat wird gebeten, vor der Unterzeichnung des Kaufvertrages, abzuklären, ob da nicht doch noch Altlasten vorhanden sind, deren Sanierung die Stadt Zug dereinst teuer zu stehen kommen könnte. Die Fraktion Alternative-CSP denkt dabei nicht in erster Linie an den Baugrund, sondern an das Gebäude selber. Wurden beim Bau allenfalls naphtalingetränkte Füllstoffe für die Zwischenböden verwendet, wie beim Schulhaus Maria-Opferung? Wurde mit asbesthaltigen Baustoffen gearbeitet? Bei der Marktwertermittlung wurden die zu erwartenden Instandsetzungskosten grob erfasst. Die Diskussionen in den beiden Kommissionen haben gezeigt, dass der Gebäudezustand und der Energieverbrauch einer vertieften Analyse unterzogen werden sollten. Als Energiestadt und als Stadt, welche die 2000-Watt-Initiative ange-

nommen hat, ist es wichtig, eine seriöse Abklärung über den Zustand des Gebäudes vorzunehmen und ein Konzept zu erarbeiten, in welchem die möglichen Einsparpotenziale, Modernisierungs- und Sanierungsmassnahmen evaluiert und deren Kosten aufgeführt sind. Weil das Gebäude allenfalls unter Denkmalschutz gestellt wird, sind energetische Massnahmen zwar nicht einfach zu realisieren, aber nicht ausgeschlossen. Von privaten Eigentümern wird erwartet, dass sie sich ein Bild über Energieverbrauch und Sanierung ihrer Gebäude machen und entsprechende Vorkehrungen treffen. Die Stadt Zug soll mit dem guten Beispiel vorangehen und darf sich von dieser potenziell anspruchsvollen Aufgabe nicht abschrecken lassen, weder technisch noch finanziell. Es besteht die einmalige Chance, hier in Sachen Gebäudesanierung ein energetisch relevantes Zeichen zu setzen. Mit dem Antrag der GPK, bis Ende 2013 ein Nutzungskonzept vorliegen zu haben, wäre es somit sinnvoll, gleichzeitig umfassende Informationen über den Zustand des Gebäudes und die zu erwartenden Kosten für energetische Massnahmen zu haben. Sind Massnahmen zu ergreifen, sollten diese vor einem Einzug der Stadtverwaltung vorgenommen werden. Die Fraktion Alternative-CSP stellt deshalb den folgenden Antrag: Bis Ende 2013 ist der Energieverbrauch der Liegenschaft zu untersuchen (Energiebuchhaltung). Es ist dem Grossen Gemeinderat ein Konzept über Einsparpotenziale, Modernisierungs- oder Sanierungsmassnahmen zu unterbreiten. Die zusätzlich in den Beschlussesentwurf einzufügende Ziffer lautet: „Der Stadtrat wird beauftragt, bis Ende 2013 den Energieverbrauch der Liegenschaft zu untersuchen (Energiebuchhaltung) und dem Grossen Gemeinderat ein Konzept über Einsparpotenziale, Modernisierungs- oder Sanierungsmassnahmen zu unterbreiten.“ Die Fraktion Alternative zählt auf die Zustimmung des GGR zu ihrem Antrag.

Louis Bisig: In ein paar Jahren schätzen es die Einwohner der Stadt Zug, an einem zentralen Ort alle Departemente und deren Verwaltung zu finden. Mit der Zentralisierung sind zudem Kosteneinsparungen im Bereich Betrieb und Gebäudeunterhalt, bei der Infrastruktur und im Sicherheitsbereich zu erwarten. Innerbetrieblich haben die Departemente die Chance, sich besser zu vernetzen, vor allem Synergien zu nutzen. Kurze Kommunikationswege erleichtern das klärende Gespräch und schaffen notwendige Transparenz. Fehler könnten schneller erkannt werden, wobei ein allfälliger "Schwarzer Peter" in diesem Haus zu finden wäre. Er kann sich nicht zwischen St.-Oswalds-Gasse und Haus Zentrum verstecken. Bezüglich der guten Arbeit der Verwaltung erkennt die SP-Fraktion hier einen bereichernden Wert. Die Gelegenheit für die Zusammenführung der Stadtverwaltung bietet sich jetzt mit dem Kauf der Liegenschaft Gubelstrasse 22, dem ehemaligen Hauptsitz der L&G. Es besteht leider ein enges Zeitfenster. Darüber ist die SP-Fraktion auch nicht glücklich. Dennoch, es gibt im Privaten wie im Leben der Stadt Zug Entscheidungen, die getroffen werden müssen, obschon nicht alle Parameter, wie die Nutzung der bestehenden Räumlichkeiten, Folgekosten und Altlasten definitiv auf dem Tisch sind. Erfahrungsgemäss findet man zahlreiche Projekte, die vor sich hergeschoben werden, weil man nicht alle Fakten hat, oder das „worstcase“ Szenario als zu risikoreich eingestuft wird. Dann entscheiden eben Andere - die Chance ist für die Stadt dann verpasst. Die SP-Fraktion sieht nachhaltigere - andere Varianten als die eine, kürzlich in der Neuen Zuger Zeitung veröffentlichte. Gerade der 3-jährige Rahmen bietet

der Stadt Zug die Zeit, eine durchdachte und effiziente Verwaltung zu planen und umzusetzen. Aus dem Antrag des Stadtrates ist heute schon ersichtlich, dass die Stadtverwaltung ihre Verwaltungsfläche nicht einfach ausweitet, wie dies die drei Think Tanks der FDP befürchten. Aus dem Antrag geht klar hervor, dass die zusätzliche Mietfläche von 5 000 m² zu einem marktüblichen Preis weiter vermietet wird. Ob die kantonale Verwaltung sich dort einmietet, wird sich zeigen. Zurzeit suchen sicher nicht nur Einwohner einen Platz in der Stadt Zug. Firmen mit ihren Arbeitsstellen an diesem zentralen Ort werden sicher gerne begrüsst. Es ist klar, dass der Stadtrat sich erneut Gedanken machen muss, wie er die frei werdenden Liegenschaften optimal nutzen will. Seine Strategie hat er kürzlich mitgeteilt. Die steht jetzt auf dem Prüfstand. Es lohnt sich, jetzt alle Nutzungen nochmals zu überdenken, zu prüfen, zu gewichten und nach der Analyse zu entscheiden, welche Liegenschaften man verkaufen oder vermieten will. Vermieten zu Marktpreisen kann eine optimale Nutzung sein, genauso wie verkaufen. Suche man sich also gemeinsam eine tragfähige vernünftige Lösung und verbaue sich diesen Weg nicht mit einem unnötigen Zeitdruckszenario oder einem sich verschanzen hinter Prinzipien. Wer sich auf Prinzipien abstützen muss, dem mangelt es meistens an nachvollziehbar überzeugenden Gründen. Die Lebensqualität der Stadt Zug, ihre Attraktivität auch im Hinblick auf die künftige Entwicklung sind wichtig. Mit diesem Geschäft trägt der GGR dazu bei. Dieser Kauf ist für die Stadt Zug verkraftbar. In der bevorstehenden Abstimmung werden die Stimmbürger und Stimmbürgerin entscheiden, was für die Stadt Zuger Bevölkerung von Nutzen ist. Für das heutige Geschäft, Kauf der Liegenschaft der ehemaligen L&G, braucht es jetzt keine weiteren "bindende Bedingungen". Die SP-Fraktion hat sich entschieden. Sie sieht die Vorteile. Sie unterstützt den Antrag des Stadtrates und dankt auch der GPK und der BPK für die vorgeleisteten Arbeiten.

Willi Vollenweider: Dieses Geschäft ist nicht nur der blosse Erwerb einer x-beliebigen Liegenschaft. Es geht darum, den Industrie-historisch bedeutenden ehemaligen Hauptsitz der Landis & Gyr zu erwerben und zu erhalten. Landis & Gyr war wie keine zweite Firma eine Zuger Erfolgsgeschichte. Landis & Gyr bedeutete jahrzehntelang Hochtechnologie, Ingenieurwesen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie Wohlstand für viele Zuger und Zugerinnen. Unzählige technische Innovationen entstanden, Landis & Gyr unterhielt mit dem „Zentral-Labor“ sogar eine eigene Forschungs-Abteilung. Die Forscher entwickelten anfangs der 80er Jahre beispielsweise auch eine damals visionäre eigene Programmiersprache namens „Portal“ für die Programmierung von Echtzeitsystemen mit parallelen Prozessen. Diese Erfolgsgeschichte mehrerer Generationen innovativer Zuger und Zugerinnen ist ein ausgezeichnetes Vorzeigebispiel gerade für unsere jüngere Generation. Sie zeigt, welche Ziele sich mit Mut, Fachkompetenz, Tatkraft, Innovationsgeist und guten Rahmenbedingungen erreichen lassen. Diese Werte gelten auch heute noch. Vielleicht mehr denn je, weil das Beispiel zeigt, dass man seinen realen Lebensunterhalt auch mit realer Wertschöpfung realer Produkte und realen Dienstleistungen erzielen kann. Die Zahl von zeitweise über 5'000 L&G-Mitarbeitenden allein in der Stadt Zug lässt erweisen, welcher enger Zusammenhang zwischen der Zuger Bevölkerung und diesem Unternehmen bestanden hat. Viele Verwandte und Bekannte haben in der L&G gearbeitet und ihren Lebensunterhalt verdient. Willi Vollenweider selber hat

als Student der Elektrotechnik in den siebziger Jahren für sein ETH-Industrie-Praktikum ein paar Monate in der L&G verbracht. Sein damals in Oberwil wohnhafter Onkel arbeitete jahrzehntelang für die L&G. Die L&G war wie eine Familie. Das Gebäude Gubelstrasse 22 hat also nicht nur einen sachlichen, sondern für viele Zuger und Zugerinnen darüber hinaus einen sehr emotionalen Wert. Es geht hier um die Rettung und die Sicherstellung einer Perle der Zuger Industriegeschichte. Bedeutende Gebäude auf Stadtgebiet sind bereits im Besitz anonymer Finanzgesellschaften. Mit der Folge, dass dafür niemand mehr Verantwortung übernimmt und trägt. Die angestellten Manager dieser Gesellschaften treten kaum in Erscheinung, sie haben auch kaum Zeit dazu, bevor sie wieder ausgewechselt werden oder das Renditeobjekt wieder an einen nächsten Fonds weitergereicht wird. Es kann nicht angehen, dass das für Zug wohl bedeutendste Industrie-historische Gebäude wie es die Gubelstrasse 22 darstellt, in die Hände von Finanz-Spekulanten, Hasardeuren und Finanz-Jongleuren gerät. Das Gebäude und seine Bedeutung für die Stadt Zug haben das nicht verdient. In dieser Situation sieht Willi Vollenweider im Erwerb durch die Öffentlichkeit die einzige sich jetzt bietende Möglichkeit, diese Perle der Zuger Industriegeschichte langfristig zu sichern. Die SVP-Fraktion stimmt der Vorlage mit der Ergänzung der GPK mehrheitlich zu.

Silvan Abicht: Der Kauf des ehemaligen Landis & Gyr-Gebäudes ist für Zug eine riesige Chance und für Silvan Abicht persönlich auch ein Ferienunterbruch wert. Die Grünliberale Partei Stadt Zug begrüsst die Pläne des Stadtrats, die Liegenschaft Gubelstrasse 22 zu kaufen, um die Stadtverwaltung dort zu zentrieren. Sie begrüsst, dass der Stadtrat schnell reagiert, ein Kaufangebot vorbereitet und GPK, BPK und GGR zu Sondersitzungen einberufen hat. Durch seine Lage ist das Gebäude ideal erschlossen, durch seine Architektur, Lage und Geschichte besitzt es den notwendigen repräsentativen Charakter. Zum Plan der Zentralisierung: Die Stadtverwaltung an einem zentralen Ort zu bündeln, bringt viele Vorteile im Vergleich zur jetzigen Situation mit verschiedenen, dezentralen Standorten in der Zuger Altstadt. Ein gemeinsamer Standort bringt Effizienzsteigerungen bei der Zusammenarbeit und tiefere Unterhaltskosten. Zudem bietet auch die Nähe zur Kantonsverwaltung viele Vorteile. Persönlich ist Silvan Abicht überzeugt: das Modell von dezentral organisierten Verwaltungseinheiten sei ohnehin vorbei, denn die Vorteile einer Unterbringung an einem Ort schlagen deutlich oben aus. Sicher würden es zwar manche Zugerinnen und Zuger sympathisch finden, wenn die Verwaltung weiterhin in der Altstadt bliebe. Aber das ist einfach zu wenig auf der Nutzenseite. Wäre der Verlust der Stadtverwaltung für Zug Süd und die Altstadt verkraftbar? Die Grünliberalen finden Ja. Die frei werdenden Räumlichkeiten finden sicher eine andere sinnvolle Nutzung. Zudem ist durch das Alterszentrum Frauensteinmatt, das geplante neue Kunsthaus auf dem Areal des ehemaligen Kantonsspitals, die neue Nutzung im ehemaligen Zeughaus und den entstehenden neuen Stadtgarten genügend Dynamik im Quartier zu spüren. Das repräsentative Stadthaus am Kolinplatz 15 soll nach den Plänen des Stadtrats ja ohnehin weiter genutzt werden. Zum Vorschlag eines Verwaltungsgebäudes auf dem Gaswerkareal: Die Grünliberalen lehnen diesen Vorschlag ab. Diese Landfläche ist sehr wertvoll, umso mehr als die Stadt in der Vergangenheit beim Bossard Areal und dem Stadion ja schon sehr viel Land verkauft hat. Dieses Land soll als Reserve

für zukünftige Nutzungen und für spätere Generationen reserviert werden. Zur Nachnutzung der bestehenden Verwaltungsgebäude: Die Grünliberalen unterstützen den Antrag, ein Nachnutzungskonzept erstellen zu lassen. Für die Liegenschaft Haus Zentrum würden die Grünliberalen vermutlich, wenn der Kauf Realität wird, zum Verkauf neigen. Zur Energiefrage: Am 15. Mai 2011 hat das Zuger Stimmvolk mit der Annahme Initiative der 2000-Watt-Gesellschaft einen energiepolitisch wegweisenden Entscheid gefällt. Ein Gebäude aus dem Jahr 1944 wird zwar kaum je die absoluten Top-Werte bezüglich Energie erreichen. Für die Grünliberalen ist aber klar, dass bei einem Kauf des Gebäudes energetische Optimierungsmassnahmen ein Muss sind, um das Gebäude punkto Energieverbrauch wenigstens so gut als möglich zu optimieren. Summa summarum: In diesem Sinne unterstützt Silvan Abicht auch den Zusatzantrag der Fraktion Alternative-CSP. Die Grünliberalen unterstützen den Verpflichtungskredit über gut CHF 52 Millionen Franken mit grosser Überzeugung, sie unterstützen den Antrag zum Nachnutzungskonzept und den Antrag der Fraktion Alternative-CSP.

Martin Kühn hofft, nicht falsch verstanden zu werden: Er sieht den Sinn in einer Zusammenlegung der Stadtverwaltung und weiss auch um die knappen Platzverhältnisse in den bestehenden Büroräumlichkeiten der Stadtverwaltung. Trotzdem stimmt er persönlich gegen dieses Geschäft. Dies aus folgenden Gründen: Der Kaufpreis von CHF 52 Mio., der 20 % der jährlichen Steuereinnahmen entspricht - ist in seinen Augen eine zu hohe Investition und liegt schlicht und einfach nicht drin. Der zusätzlich zum Schätzwert zu bezahlende "Goodwill" von über CHF 5 Mio. ist ebenfalls sehr stolz. Was passiert mit der Steuerbelastung in der Stadt Zug? Auch betreffend den Folgekosten tappt man im Dunkeln. Man ist nicht sicher, was da alles auf die Stadt Zug zukommt. Die Verschuldung der Stadt Zug wird massiv zunehmen und die finanzpolitischen Ziele betreffend Eigenfinanzierung verliert man völlig aus den Augen. Für dieses Geschäft müssen über CHF 50 Mio. neue Schulden aufgenommen werden, irgendwer muss dies irgendwann zurückbezahlen! Zum Nutzen: Der Nutzen für die Verwaltung ist unbestritten, doch was ist der Nutzen für die Bürger? Eine Gegenüberstellung der jetzigen Kosten (pro Mitarbeiter oder pro Quadratmeter) mit den zukünftigen Kosten fehlt in der Vorlage. Oder anders ausgedrückt: lässt der Zusatznutzen aus der Zentralisierung an der Gubelstrasse 22 für die Zuger Bürger eine derart hohe Investition rechtfertigen? Martin Kühn bezweifelt das. Schliesslich, sei man doch mal ehrlich: Würde man dieses Projekt auf der grünen Wiese planen, würde das Endresultat komplett anders aussehen. Es wäre viel kleiner und sicher auch günstiger. Beim Kauf der Gubelstrasse 22 würden mehr als doppelt so viel Bürofläche erworben wie gebraucht werden. Die Stadt mischt sich in den privaten Markt der Bürovermieter ein! Durch zu viel vorhandener Platz besteht die Gefahr, dass sich die Verwaltung massiv ausbreitet, was einen negativen Effekt auf die Gesamtkosten hat. Ausserdem wundert es sehr, dass in diesem Fall das Thema der 2000-Watt-Initiative völlig ausgeblendet wird. Und dies von der Stadt, die eigentlich Vorbild sein sollte. Zuletzt erscheint auch der Zeitdruck, den Siemens ausübt, unnötig. Wenn Siemens wirklich so gerne an die Stadt Zug verkaufen möchte, könnten sie dieses Geschäft sicherlich auch im nächsten Quartalsabschluss verbuchen. Durch diesen Zeitdruck fehlt dem Stadtrat die Zeit, die Folgekosten sowie eine richtige Strategie für die Nut-

zung der bestehenden städtischen Büroliegenschaften in Ruhe zu definieren. Martin Kühn appelliert an den Grossen Gemeinderat, sich sorgfältig die Folgen dieser CHF 52 Mio. Investition zu überlegen.

Philip C. Brunner: Wichtig erscheint, dass der GGR in dieser Sache ebenfalls gefordert ist. Wenn der Vorredner von Steuererhöhungen spricht, so liegt es an diesem Rat diese Steuererhöhungen zu beschliessen. Philip C. Brunner geht nicht davon aus, dass sie nötig sind. Philip C. Brunner bezieht sich auf den bereits erwähnten Artikel in der Neuen Zuger Zeitung, wonach der L & G-Kauf eine Verschleuderung von Steuergeldern sei. Dieser Ausdruck „Verschleuderung von Steuergeldern“ muss noch etwas beleuchtet werden, auch in Zusammenhang mit anderen Projekten, welche diese Stadt gekauft oder geplant und gebaut hat. Sehr viel wurde für das Soziale und zwar für die älteren Mitbürger getan – das ist grundsätzlich auch richtig. Philip C. Brunner erinnert an die neue Frauensteinmatt, an die sich im Bau befindliche Neustadt 2 (für rund CHF 12 Mio. 18 kleine Alterswohnungen), an die im Frühling (27. März 2012) bewilligten 44 Betten für bettlägerige Leute zusammen mit der Stiftung in Baar. Zusammen werden rund CHF 100 Mio. so für die verdienten älteren Bewohner alleine in den letzten Jahren an Investitionen ausgegeben, bzw. werden noch ausgegeben – dabei ist die Rede nicht von den laufenden Ausgaben. Alle drei Vorlagen wurden mit hohen und höchsten Stimmzahlen vom Stimmvolk bewilligt, selbst wenn, und das sei durchaus kritisch erwähnt, das Kosten-Nutzenverhältnis durchaus diskussionswürdig war - aber das ist nicht die Diskussion von heute. Eine Stadt wie Zug besteht aber nicht nur aus älteren Mitmenschen. Eine Stadt lebt auch über den Stadtrand hinaus, z.B. sportlich. So hat die Stadt Zug für die Eishockeyaner für den Bruttobetrag von CHF 61,0 Mio. einer der schönsten Eis-Arenen der Schweiz gebaut, stellt es für eine reduzierte Miete der EVZ Sport AG zur Verfügung, aber auch unzählige Junioren profitieren von der Trainingshalle. Sogar eine Curling-Halle gehört zum Ensemble, nicht zu vergessen eine öffentliche bedeckte Eisfläche für Jung und Alt und eine 3-fache publikumswirksame Sporthalle für die Vereine, z.B. Handball usw. Das Volk hat jedes Mal Ja gesagt. Und ja - die Kultur: Das Volk hat zu einem sehr hohen Betrag von über CHF 6,5 Mio. zum Umbauprojekt im Casino, der 1. Etappe zur Umgestaltung von Küche und Restaurant Ja gesagt - und zumindest im GGR herrscht Einigkeit, dass die Sanierung in der Höhe von rund CHF 14,0 Mio. gut angelegt sind und empfiehlt es dem Stimmbürger. Ja - es geht nicht um Neubau, es geht um Sanierung eines über 100-jährigen Kulturgebäudes - zu Recht! und jetzt ist plötzlich zu hören, dass der Betrag von CHF 52,2 Mio. "Verschleuderung" von Steuergeldern sein sollen, für ein Objekt von 9000 qm an aller bester Lage, oder wie es der Mr. Hilton angeblich gesagt haben soll: Die drei wichtigsten Faktoren für den Erfolg eines Hotels sind: Lage, Lage, Lage - und umgesetzt gilt dies auch für die neue zentralisierte Stadtverwaltung. Und - es muss einfach gesagt werden - im Sinne der Wiederholung. Einen Betrag in dieser Grössenordnung gibt die Stadt Zug Jahr für Jahr in den ZFA und in 3 Jahren systemwidrig in den NFA, (17 x 3 Jahre). Das ist viel Geld - natürlich. Verschleuderung – Philip C. Brunner meint Nein. Man muss sich darauf konzentrieren, diese Stadt zu stärken und nicht zu schwächen. Stärken heisst für Philip C. Brunner - die Aufgaben, die eine Stadt machen muss - und nicht auch noch für gewisse Gruppen ma-

chen sollte - diese Leistungen erwarten die Bürger zu Recht in hoher Qualität, mit hoher Kompetenz. Und dazu braucht es Arbeitsplätze, an denen gearbeitet und etwas geleistet werden kann und nicht nur geschwitzt wird. Diese Arbeitsplätze müssen behindertengerecht, zentral und zudem auch mit öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln erreichbar sein. Apropos zentralisiert: Philip C. Brunner erinnert an die Vorlage Nr. 2032 vom 16. Juni 2009, Motion der SVP-Fraktion für eine zentrale Stadtverwaltung und appelliert an seine Kolleginnen und Kollegen, nach dieser Debatte das sehr interessante Papier zu lesen. Da sind ein paar Grundlagen enthalten, die leider in der heutigen Vorlage fehlen. Beispielsweise ist auf Seite 5 von 6 die Vermietung an Dritte nach Auszug vorberechnet und zwar nach m² mit CHF 220.--. Damals kam man auf einen Betrag von CHF 962'720.--. Auch dieser Betrag könnte für die Amortisation verwendet werden. Vor ein paar Jahren gab es eine Diskussion um einen CHF 200 Mio. Kredit für ein zentralisiertes Spital: Die Diskussion war ganz ähnlich wie heute: Verschleuderung und Luxus hört man noch heute - das Volk hat dazu ja gesagt und in Baar das neue Kantonsspital mit 200 Betten bewilligt - 1 Bett zu CHF 1 Mio. - Wäre also das LG-Gebäude ein Spital - rechne man mal ... Ja Rechnen - aber Zeit und nicht Franken: Und weiter: Ab dem Abstimmungstag, bzw. Ende September besteht genügend Zeit, um sich sehr konkret um Organisation und Ablauf dieses Projektes Gedanken zu machen und Entscheide zu fällen. Das ist kein Hau-Ruck-Abenteuer wie es weisgemacht wird, sondern ein Glücksfall der für diese Stadt, der die Politik um Jahrzehnte nach vorne katapultiert. Philip C. Brunner gibt recht - in der Vergangenheit wurden zu viele Verlegenheitslösungen gewählt, zuletzt der auch von der SVP-Fraktion kritisierte Kauf der Grabenstrasse 6 - ein finanzielles Fiasko - verursacht durch einen lavierenden alten Stadtrat - der meinte ... aber lasse man das. Heute ist der 24. Juli 2012 - und das wissen hier alle, der demokratische Fahrplan ist extrem eng. Ungefähr am 15. August, in 3 Wochen bzw. 22 Tagen an Maria Himmelfahrt werden die Stimmcouverts in den Haushalten sein. Nun - heisst es für alle Befürworter: Alle Mann, alle Frauen an Deck - es geht um ein überparteiliches, breit abgestütztes Komitee und zwar Hand in Hand mit dem Stadtrat - den hoffentlich interessierten Mitarbeitern der Stadt und der Politik, um dieser Vorlage zum Durchbruch zu verhelfen. Lasse man die weniger informierten Leute nicht im Stich - es darf nicht das Feld Leuten überlassen werden, die alte Rechnungen begleichen, sei es als ehemalige Politikerinnen oder sonst was. Der GGR hat die Verantwortung für diese Stadt und nicht irgendwelche Interessengruppen, wo unklar ist, was sie genau wollen und mit Schlagworten operieren. Kurz: es geht um Kommunikation! Vielleicht um einen Besichtigungstermin für Bürger und Bürgerinnen, um ein Podium mit Stadtrat und Informationen aus 1. Hand im Casino oder in der Kantine der Siemens. Vorträge über dieses wertvolle Gebäude - über Aufstieg und Fall der Schweizer Industriegeschichte - in schwierigen Zeiten - im 2. Weltkrieg! Es wird nicht mit zwei drei trockenen Pressemitteilungen gehen - mit Verlaub - es dürfen ruhig auch Dritte beigezogen werden - und das ist gut eingesetztes Geld. Es dürfen jetzt nicht alle drei Wochen in die Ferien gehen und dann am 9. September 2012 die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, weil die Bürger nicht begriffen haben, dass CHF 52 Mio. eben nicht so wahnsinnig viel Geld sind. Ein letztes Beispiel zu den Zahlen: Für das vom Kanton geplante VZ 3 werden CHF 455 - 500 Mio. gerechnet, um 40'000 m² zu bauen. Von diesen CHF 455 Mio. sind

CHF 211 Mio. für das eigentliche Verwaltungsgebäude, CHF 172 Mio. für die ZVB, CHF 34,5 Mio. für Wohnnutzung und CHF 37,5 Mio. für die Technik vorgesehen. Wenn man die Stadtbevölkerung der Stadt Zug von 30'000 Personen ins Verhältnis zu jenen des Kantons mit ca. 120'000 Personen setzt, ergibt das einen Faktor 4. Der Betrag von CHF 52 Mio. geteilt durch 9'000 m² ergibt knapp CHF 6'000.--. Beim Park Tower beispielsweise wird in den untersten Geschossen mit minimal CHF 10'000.-- und in den obersten Stockwerken sogar mit CHF 30'000.--/m² gerechnet. Philip C. Brunner bleibt dabei: Es ist hier keine Verschleuderung von Steuergeldern, sondern gut eingesetzter Franken.

Othmar Keiser hat seit der ersten Veröffentlichung und Darstellung Feuer gefasst für diese Vorlage. Es ist absolut wichtig, dass hier vermehrt Stellung dazu genommen werden darf. Es handelt sich hier um das Geschäft der ganzen Legislatur. Es wird ein Stein in die ferne Zukunft geworfen, wobei zu schauen ist, dass es nicht dem Steinwurf in den Garten gleichkommt, sondern eine gezielte Landung möglich wird. Die Emotionen sowie das Stadtratsziel und die Optimierungen treffen zu. Zum finanziellen Aspekt wird sich Othmar Keiser später noch äussern, hätte aber zum baulichen Aspekt heute viel mehr erwartet. Wenn heute der GGR nicht Ja sagt und dieses Zeichen nicht dem Souverän gezeigt wird, werden alle noch in fünf Jahren Nägel kauen, weil eine Chance verpasst wurde. Othmar Keiser hat Ivo Romer mitgeteilt, er sei super froh, dass er mit dem nachgebesserten Angebot nicht plötzlich unterlegen ist. Othmar Keiser hätte möglicherweise noch eine halbe Million mehr bezahlt. Die erste, aber nicht die gedruckte und versandte Vorlage lag bei CHF 49,8 Mio. Die externen Parkplätze von CHF 2,88 Mio. waren im anderen höheren Angebot enthalten. Der Stadtrat hatte aber die Frechheit, sein erstes Angebot nicht um CHF 2,88, sondern bloss um CHF 2,3 Mio. nachzubessern. Mit der neuen Offerte beanspruchte der Stadtrat also für sich, CHF 400'000.-- zu sparen. Das ist die eigene Kalkulation von Othmar Keiser, die nicht mit Ivo Romer abgesprochen war. Betriebswirtschaftlich gesehen kauft sich die Stadt Zeit und Flexibilität, um die ganze Verwaltung zu zentralisieren und das Immobilienportfolio strategisch neu auszurichten. Dabei geht es aber nicht nur um die Immobilien, welche heute von der Verwaltung besetzt sind. Es gibt auch Einfamilienhäuser und andere Liegenschaften, die nicht strategisch ins Portfolio der Stadt gehören. Nun noch ein kleiner Abriss zum Kapitalmarkt: Der Kapitalmarkt besteht dort, wo Anleger und Geldsuchende sich treffen. Aus der ganzen Euro-Schuldenproblematik weiss man, dass heute Deutschland für 10-Jahres-Geld 1,23 % anbietet. Spanien hat seit dieser Woche 7,51 % zu bezahlen. Die Stadt Zug erhält das Geld für wahrscheinlich 1,2 %. Die Eidgenossenschaft bezahlt dem Anleger 0,46 %. Die Steuereinnahmen sind bei höherem Zinsniveau nicht automatisch auch höher. Heute tiefe Zinsen gehen somit netto in die Kasse der Stadt. Auf einem Zinsniveau wie vor 20 Jahren wurde in Richtung Euro davon ausgegangen, dass mit 7 % unbedingt abgeschlossen werden müsse. Das war ein verkehrter Zug. Heute könnte die Stadt Zug mit diesem Geschäft sehr gut günstiges Geld anbinden. Was passiert bei steigenden Zinsen? Alle haben Angst vor Inflation. Hätte die Stadt Zug viele Obligationen, sinkt die Kaufkraft. Hat die Stadt Zug Realwerte wie Immobilien, ist es gut. Hat sie Schulden, ist dies bei einer Inflation auch gut, auch wenn Othmar Keiser nicht generell

empfiehlt, Schulden zu machen. Es ist viel leichter, später das Geld zurückzubezahlen. Die Situation, dass pro Jahr ab 1. Oktober 2012 weit über CHF 1 Mio. zusätzlich Einnahmen aus dieser einzigen Vorlage garantiert sind, ist äusserst komfortabel. Es gibt auch Immobiliengeschäfte, welche heute beschlossen werden, jedoch erst per Ende 2013 zählen. Othmar Keiser sagt daher ganz klar Ja zu dieser Vorlage und animiert seine Ratskolleginnen und -kollegen, das ebenfalls zu tun. Es liegt am GGR bei späteren Budgetsitzungen und bei den Jahresabschlüssen, darauf zu achten, dass die Verschuldung nicht so hoch wird, dass sie dieses Objekt übersteigt. Die Bilanz wird von CHF 320 Mio. auf ca. CHF 370 Mio. ansteigen. Gewisse Zahlen laufen kurzfristig aus dem Ruder. Es ist aber nicht so, dass deswegen heute und hier dieses Geschäft nicht beschlossen werden sollte. Vielleicht muss auch das Konzept Foyer neu geschrieben werden. Wenn plötzlich der Adlerhorst gleich vor der Türe liegt, kann man dort den Kaffeeraum besser nutzen. Othmar Keiser hofft, dass die Abstimmung heute nicht die grössere und kleinere Hälfte enthält. Hälften sind immer gleich gross. Es ist zu hoffen, dass eine dominierende Mehrheit diesem Geschäft zustimmen wird. Für die CVP-Fraktion stellt Othmar Keiser fest, dass nicht der Antrag des Stadtrates für den Beschlussesentwurf, sondern derjenige der GPK klar unterstützt wird.

Stadtrat Ivo Romer könnte nach dem Votum von Othmar Keiser eigentlich Danke sagen und sich gleich wieder hinsetzen, wurde doch damit schon mehr oder weniger alles gesagt, was wichtig und richtig ist. Trotzdem nimmt Stadtrat Ivo Romer noch zu den verschiedenen Voten Stellung: Nichts anderes als das Legislaturziel Ziff. 4.1 ist der Hintergrund des heutigen Geschäfts. Im Laufe der Legislatur hat der Stadtrat schon zwei andere Projekte angeschaut, jedoch beide verworfen. Wenn man sich die Legislaturziele zu Gemüte führt, sei auch das Legislaturziel 1.4 erwähnt, lautend: „Wir betreiben eine aktive Landpolitik und nutzen die sich bietenden Möglichkeiten und Beschaffung von Grundstücken und Immobilien. Wir schenken dem preisgünstigen Wohnungsbau besondere Beachtung.“ Der zweite Satz wird bereits ausgeführt. Beim ersten Satz können bereits einige Haken gesetzt werden, u.a. auch beim Landtausch zwischen Gaswerkareal und Kläranlage. Stadtrat Ivo Romer ist auch der Meinung, dass vieles aufhören muss. Gerade das „draussen“, das vorher so locker erwähnt wurde, ist eben heute nicht mehr „draussen“. Willkommen in der Realität der Stadt Zug! Wenn es so weiter geht, trifft man sich eines Tages am Arenaplatz – einem ziemlich zentralen Platz der Stadt. So gesehen hat der Stadtrat auch bei Ziel 1.4 nichts anderes gemacht als die Legislaturziele verfolgt, auch wenn es eine glückliche Fügung ist, dass die Stadt Zug überhaupt in der Lage war, hier sich einzubringen. Die BPK bzw. deren Sprecher Urs Bertschi hebt hervor, dass man heute das Gebäude beziehen und mit Arbeiten beginnen kann. Die Teilnehmer an der heutigen Besichtigung können das ohne Vorbehalte bejahen. Das ist wirklich so. Eine Besichtigung vor Ort ist eben gut, wie sich heute gezeigt hat. Ob sich Siemens bereit erklärt, für dieses Geschäft allenfalls einen Tag der offenen Türe zu organisieren und die gesamte Bevölkerung zur Besichtigung einzuladen, wird eher anheim gestellt. Das dürfte etwas zu weit führen. Der Stadtrat bestätigt Hugo Halter, dass das Stadthaus am Kolinplatz in einer noch zu bestimmenden Form seine Ankerfunktion behalten soll in der Altstadt. Die Nachnutzung ist ebenso strategisch wie die Entschei-

derung, ob das Gebäude Gubelstrasse 22 gekauft werden soll. Die Amortisation von Fremdfinanzierungsteilen ist in dieser Betrachtungsweise finanzpolitisch ein Muss. Stadtrat Ivo Romer sieht das Zählen von Erben als seinen Job, erachtet dies aber nicht als so schwierig, gerade wenn es darum geht, sich langfristig Gedanken zu machen, wie das Projekt finanziell gestemmt werden soll. Die genannten Forderungen sind eine Selbstverständlichkeit. So hat der Stadtrat ohne Gegenwehr die Forderung der GPK für das Nachnutzungskonzept unterstützt und unterstützt auch die Forderung bezüglich einer genaueren Untersuchung der energetischen Situation. Die Stadt Zug ist Vorbild und hat das Goldlabel. Daran ändert der Kauf dieser Liegenschaft nichts. Es gibt energetische Katastrophen von weit grösserem Ausmass bei anderen Liegenschaften der Stadt Zug als die Gubelstrasse 22, die um Faktoren 5 und mehr schlechtere Energiebilanzen aufweisen. Von Sanierungen bereits hier und heute am Gebäude Gubelstrasse 22 zu sprechen, ist wirklich ins Land der Märchen zu verbannen. Zudem gilt die 2000-Watt-Gesellschaft für die ganze Stadt, unabhängig davon, ob die Gubelstrasse 22 der Stadt gehört oder weiterhin in anderen Händen sein wird. Die SIA-Norm bezüglich Erdbebensicherheit existiert seit 2002. Die Stadt Zug verfügt in ihrem Immobilienportfolio über die Bossard Arena (erdbebensicher), Frauensteinmatt (erdbebensicher), Roost (erdbebensicher), Schulhaus Guthirt (erdbebensicher). Fertig! Der Versicherungswert des städtischen Immobilienportfolios beträgt CHF 750 Mio.. Das Thema Erdbebensicherheit hier gross aufzuhängen, ist daher falsch. Zum Zeitmanagement kann man durchaus diskutieren. Die Verwaltung und Politik hinken gerne zeitlich hinter dem Markt hinterher, hat doch der Markt seine eigenen Geschwindigkeiten und wird nie und nimmer auf politische Prozesse Rücksicht nehmen. Entweder kann man sich für oder dagegen entscheiden. Wichtig ist, dass man das Potenzial sieht. Man darf durchaus Vertrauen in die Verwaltung der vergangenen Jahrzehnte haben, dass die entsprechenden Nachbearbeitungen und die zukünftigen Aufgaben betreffend Verwaltung sichergestellt wurden und werden und auch gut informiert wird. Bei der FDP-Fraktion war vor allem der Ertrag und die Zinsen ein Thema. Der Ertragsüberschuss aus der Liegenschaftsrechnung Gubelstrasse 22 soll vollumfänglich in die Amortisation der Fremdfinanzierung fliessen. Wenn man das hört und sieht, können pro Jahr gut CHF 1 Mio. amortisiert werden. Das ist kein finanzpolitisches Wagnis und keine hasardierende Übung mehr. Die Stadtverwaltung gedenkt nicht zu expandieren, im Gegenteil: die heutige Situation und die heutigen Arbeitsplätze weisen pro Arbeitsplatz 30 m² inkl. sämtlicher Verkehrsflächen, WC und Sitzungszimmer aus. Neu wird mit 20 m²/Arbeitsplatz gerechnet. Das Thema Steuererhöhung als Damoklesschwert und drohende Konsequenz für den Stadtzuger Bürger wird später noch etwas detaillierter ausgeführt. Das Thema ist aber von zwei Gründen getrieben, einerseits durch die Steuergesetzrevisionen, die grundsätzlich begrüsst werden, aber für die Stadt Zug pro Jahr Steuerausfälle von CHF 25 Mio. bedeuten, andererseits durch die Beiträge an NFA und ZFA im Betrag von rund CHF 70 Mio. Somit fehlen jährlich ca. CHF 100 Mio. in der städtischen Kasse. Das Geschäft als solches ist kein Grund für eine Steuererhöhung. Ob gemäss Alternative-CSP das Haus günstiger zu haben wäre: es wird jedem, der noch besser verhandeln kann als es der Stadtrat tat, überlassen, ein besseres Resultat zu erreichen. Wichtig ist: die Stadt Zug hat nicht das Höchstgebot abgegeben. Wichtig ist auch zu wissen: es ist nicht so, dass keine anderen

Bieter vorhanden sind, im Gegenteil. Es ist aber so, dass die Firma Siemens das Gebäude nicht ausgeschrieben, sondern die Mitbieter eingeladen hat. Verkehrstechnisch ist das Gebäude bestens erschlossen. Die Vorzüge brauchen gar nicht mehr aufgezählt werden. Betreffend Schadstoffanalyse liegt eine Gesamtuntersuchung vom Juni 2011 vor. Das Resultat lautet: Einzig CHF 7'000.-- für die Zementfaserplatten. Der Antrag der Fraktion Alternative-CSP kann übernommen werden. Mit einem Nachnutzungskonzept legt der Stadtrat selbstverständlich auch gleichzeitig die geforderten zusätzlichen Informationen zum Gebäude vor. Die Gelegenheit besteht jetzt und kommt später nicht mehr. Dann ist aber auch das Thema der zentralisierten Stadtverwaltung im Moment mit Sicherheit vom Tisch. Stadtrat Ivo Romer hat den Eindruck, dass die kritikfrei und eierlegende berggängige Wollmilchsau nirgendwo zu haben ist, auch beim Liegenschaftsgeschäft nicht. Der Kanton ist der erste Ansprechpartner bezüglich Verhandlungen um die Nutzung der frei werdenden bzw. nicht benötigten Fläche an der Gubelstrasse 22. Das ist auch der vernünftige und sinnvolle Weg. Die Stadt will nicht im Markt mitmischen. Zudem eröffnet diese Variante ganz andere Optionen zu einem anderen genannten Projekt, das sich im Faktor 10 zu diesem Geschäft bewegt. Stadtrat Ivo Romer ist unter Beachtung all dessen nicht abgeneigt, dass die Überbauung VZ 3 und Erweiterung VZB-Areal vielleicht etwas günstiger kommen kann. Wenn die Stadt dazu Hand bieten kann, macht sie das noch so gern. Stadtrat Ivo Romer dankt Willi Vollenweider für den historischen Rückblick. Diesem historisch wertvollen Gebäude soll in Form der zentralisierten Stadtverwaltung weiterhin und langfristig Leben eingehaucht werden. Bezüglich Informationen über die bereits getätigten Investitionen verweist Stadtrat Ivo Romer auf das Votum von Silvan Abicht. Gerade heute war zu erfahren, dass inzwischen in den Archiven Bauabrechnungen vorgefunden wurden, welche aufzeigen, dass im Jahr 2005 CHF 2 Mio. investiert wurden. Der Stadtrat wird sich dafür einsetzen, dass sämtliche relevanten Informationen betreffend Investitionen vorgelegt werden, damit sie auch aufgezeigt werden können. Diese heute allen gleichzeitig offerierte Information nimmt zwar Stadtrat Ivo Romer dankend entgegen. Das beweist aber nur, dass die Siemens bzw. ihre Vorgänger diesem Gebäude immer sehr gut geschaut und immer gut investiert haben. Die Meinung zum Gaswerkareal wurde heute bereits kundgetan, weshalb darauf nicht weiter einzugehen ist. Martin Kühn hat festgestellt, dass die Stadtverwaltung auf der grünen Wiese günstiger komme. Das dachte am Anfang auch der Stadtrat, weshalb er vor mehr als einem Jahr in Zusammenarbeit mit den Investoren Posthof und Poststrasse in Kontakt getreten ist. Dabei zeigte sich, dass hier knapp die Fläche, welche die Stadtverwaltung heute benötigt, zu einem höheren Preis als heute bei der Gubelstrasse 22 verlangt wird, erhältlich gewesen wäre. Grüne Wiese ist also nicht immer günstiger. Wenn man noch bedenkt, dass die Stadt hier viel mehr Fläche erhält und sinnvoll weiter nutzen kann, sind die Vorteile auf der Hand. Stadtrat Ivo Romer legt Wert auf die Feststellung, dass sämtliche Ertragsüberschüsse aus dieser Liegenschaftsbuchhaltung Gubelstrasse 22 benutzt werden müssen, die Fremdfinanzierung abzubauen. Gemäss heutigem Stand wird von einer Fremdfinanzierung von CHF 40 Mio. ausgegangen. Je nach Modell sind nach acht Jahren noch CHF 22 Mio. offen. Dem Stadtrat ist es absolut ernst, hier kein finanzpolitisches Abenteuer zu begehen. Im Nachgang zur Budgetdebatte im letzten Dezember 2011 hat der Stadtrat den Planungszeitraum vom

bisher üblichen vier Jahren auf zehn Jahre ausgeweitet. Das gibt grössere Planungssicherheit. Damit kann besser priorisiert und zeitlich optimaler gestaffelt werden. Die Bilanz ist auch mit diesem zur Diskussion stehenden Geschäft nach wie vor gesund. Die Eigenkapitalquote beträgt 65 %. Die Stadt Zug gilt nach wie vor als Triple A, wenn es darum geht, auf dem Finanzmarkt Geld zu beschaffen. Auf 8 bis 10 Jahre ist mit einem Zinssatz von ca. 1,2 % zu rechnen. Bei der bestehenden Bilanz und der Finanzstrategie des Bereichs Fremdkapital kann aus heutiger Sicht bis zu CHF 150 Mio. Fremdkapital aufgenommen werden. Aktuell beträgt dieser Betrag CHF 40 Mio. Der Stadtrat geht keine finanzpolitischen Abenteuer ein. Stand heute und abhängig vom Steuereingang rechnet der Stadtrat beim Budget 2013 und beim Finanzplan 2016 mit einem nach wie vor attraktiven Steuerfuss von 60 %. Wenn aber die Steuererträge einbrechen, hat dies andere Konsequenzen, jedoch keinen Zusammenhang mit der Ausgabenpolitik. Unter Berücksichtigung all dessen ist der Stadtrat überzeugt, auf dem richtigen Weg zu sein. Es bietet sich hier eine Chance und darum, ob man das Potenzial dieser Chance sieht und auch der Stadtverwaltung ermöglicht, weiter zu optimieren.

Ratspräsident Jürg Messmer: Die Anträge der BPK und der Fraktion Alternative-CSP werden vom Stadtrat übernommen.

Astrid Estermann ist erstaunt, dass die CVP und jetzt auch die SVP-Fraktion gegen diesen Antrag der Fraktion Alternative-CSP sind. In der Rede von Hugo Halter war mehrmals zu hören, dass er nicht damit zufrieden sei, weil er nicht wisse, welche Sanierungsmassnahmen bei diesem Gebäude noch anstehen. Gleichzeitig will man es offenbar gar nicht wissen. Es geht bei diesem Antrag um ein Konzept, das aufzeigt, welche Sanierungsmassnahmen allenfalls zu erwarten sind, welche Kosten damit generiert werden. Damit ist aber nicht beschlossen, was tatsächlich saniert wird.

Hugo Halter: Der CVP-Fraktion geht es nicht darum, dass sie das nicht wissen möchte, sondern darum, dass sie nicht jetzt schon in einer frühen Phase irgendwelche neuen Absätze oder Auflagen in den Beschlussesentwurf aufnehmen möchte. Hugo Halter hat betont, dass der 2000-Watt-Gesellschaftsentscheid, den das Stimmvolk gefällt hat, problematisch sei. Heute anlässlich der Besichtigung wurde Hugo Halter persönlich mitgeteilt, dass die ganze Isolation und Problematik der 2000-Watt-Gesellschaft kein Problem sei. Hugo Halter sieht nicht ein, warum jetzt ein Zusatzantrag aufgenommen werden soll, um eine Studie in Auftrag zu geben, um im Nachhinein etwas begründen zu können. Daher ist die CVP-Fraktion gegen den Antrag. Die heutige Situation stimmt für die CVP-Fraktion, sie wird so auch grossmehrheitlich unterstützt. Den Antrag der Fraktion Alternative-CSP lehnt aber die CVP-Fraktion ab.

Stadtrat Ivo Romer: Sanierungsmassnahmen energetischer Natur sind bei anderen Gebäuden der Stadt Zug wesentlich dringender und notwendiger als hier. Daher fällt die Fraktion Alternative-CSP mit ihrem Antrag mit der Türe ins Haus. Der Stadtrat wird ein Gesamtkonzept über alle relevanten Liegenschaften mit den Priorisierungen ohnehin

erstellen. Ein separates Sanierungskonzept für die Gubelstrasse 22 hier und heute oder bis Ende 2013 ist daher nicht notwendig.

Für Urs E. Meier heisst das, dass es bei der Ablehnung des Antrages der Fraktion Alternative-CSP dem Stadtrat verboten sein soll, dies zu tun?

Ratspräsident Jürg Messmer: Nein, der Stadtrat macht dies sowieso, auch ohne einen neuen Absatz im Beschlussesentwurf.

Abstimmung

Über den Antrag der Fraktion Alternative-CSP:

Für den Antrag der Fraktion Alternative-CSP stimmen 8 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 19 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 8:19 Stimmen den Antrag der Fraktion Alternative-CSP abgelehnt hat.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 – 3, neu Ziff. 4 gemäss Antrag GPK, sowie Ziff. 5 – 7 (bisher Ziff. 4 – 6) wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

Der Grosse Gemeinderat stimmt in der Schlussabstimmung dem Antrag des Stadtrats mit 24:2 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

B e s c h l u s s des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1575
betreffend Kauf der Liegenschaft Gubelstrasse 22, GS 4537; Verpflichtungskredit

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2222 vom 4. Juli 2012:

1. Für den Kauf der Liegenschaft Gubelstrasse 22, GS 4537, Grundbuch Zug, wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 50000, Objekt 736, Unvorhergesehene Landkäufe, ein Verpflichtungskredit von CHF 52'230'000.00 bewilligt.
2. Die Liegenschaft Gubelstrasse 22, GS 4537, wird zunächst im Finanzvermögen verbucht und bei der Realisierung der Zusammenführung der Stadtverwaltung ins Verwaltungsvermögen transferiert.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt und beauftragt, den Kaufvertrag mit der Siemens Schweiz AG abzuschliessen.
4. Der Stadtrat wird beauftragt, bis Ende 2013 ein Nachnutzungskonzept inklusive mögliche Verkäufe mittels einer Vorlage dem Grossen Gemeinderat zu unterbreiten.
5. Dieser Beschluss wird dem Behördenreferendum unterstellt. Er tritt mit der Annahme durch das Volk sofort in Kraft.
6. Dieser Beschluss wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
7. Gegen diesen Beschluss kann
 - a) Gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
 - b) gemäss § 17bis des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt drei Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt.

Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

3. Mitteilungen

Ratspräsident Jürg Messmer: Beim Verlassen des Saales können alle vom Weibel Billette für das Openair vom 31. Juli 2012 in Empfang nehmen.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 28. August 2012, 17.00 Uhr

Für das Protokoll:

Arthur Cantieni, Stadtschreiber